

Diplomatische Entscheidungsfindung – oder was ist eigentlich Politik?

Von Eckhardt Rüdebusch, Bremen



II/C2

© Wiesław Smetek: Illustration „Fluch der Karibik“ in der Zeitschrift „Die Zeit“ Nr. 40/2017

Themen: Definition des Begriffs „Politik“; Dimensionen von Politik; Politik ohne Jugend – Jugend ohne Politik?; Begründung und Idee politischer Herrschaft; Grundkategorien des Politischen; Demokratie – die beste aller Herrschaftsformen?

Ziele: Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit dem Begriff „Politik“ auseinander. Gleichzeitig setzen sie sich selbst in Beziehung zum Thema „Politik“, indem sie Möglichkeiten politischen Handelns/Aktivseins erarbeiten. Sie erhalten empirisches Wissen über den Zusammenhang von Jugend und Politik. Darüber hinaus erkennen sie die Unabdingbarkeit politischen Interesses und Engagements als Voraussetzung gesellschaftlichen Zusammenlebens in einer Demokratie.

Klassenstufe: ab Klasse 10

Zeitbedarf: 10–14 Unterrichtsstunden

Materialübersicht

Stunden 1/2: Muss man überhaupt politisch sein?

- M 1 (Tx) Diplomatische Entscheidungsfindung oder „Ab morgen kriegen sie in die Presse“
- M 2 (Ab) Sich politisch engagieren – aber wie?
- M 3 (Tx) Ist alles menschliche Handeln grundsätzlich politisch?

Stunden 3/4: Wie definiert die Wissenschaft „Politik“?

- M 4 (Ab) Politikdefinitionen
- M 5 (Tx) Der mehrdimensionale Politikbegriff – eine sinnvolle Unterscheidung?

Stunden 5/6: Politik ohne Jugend, Jugend ohne Politik – geht das?

- M 6 (Gd/Tx) Unpolitische Jugend – Klischee oder Wahrheit?
- M 7 (Tx) Ein Streitgespräch führen

Stunden 7/8: Warum gehen Menschen politische Herrschaftsverhältnisse ein?

- M 8 (Tx) John Locke – Two Treatises of Government
- M 9 (Tx) Niccolò Machiavelli – Der Fürst
- M 10 (Tx) Kurt Sontheimer – Lob des Kompromisses

Stunden 9/10: Demokratie – die beste aller politischen Herrschaftsformen?

- M 11 (Tx) Was heißt Demokratie?
- M 12 (Ab) Staats- und Regierungsformen im Vergleich
- M 13 (Tx) Demokratie – zum Wandel eines Begriffs

Stunden 11/12: Lernkontrolle

- M 14 (Lk) Mit 18 in den Bundestag – Lernkontrolle
- M 15 (Bd/Lk) Jamaika – Lernkontrolle

Glossar

- M 16 (Gl) Glossar

Erläuterung der Abkürzungen und Symbole: **Ab:** Arbeitsblatt – **Bd:** Bild, Foto – **Gd:** grafische Darstellung – **Gl:** Glossar – **Lk:** Lernkontrolle/Klausur – **Tx:** Text

M 1

Diplomatische Entscheidungsfindung oder „Ab morgen kriegen sie in die Fresse“¹

Politik bedeutet diplomatische Entscheidungsfindung – oder steht sie vielleicht doch eher für unerbittliche Kämpfe? Die Aussage von Andrea Nahles wirft ebendiese Frage in provozierender Form auf.

In der Öffentlichkeit gab es aufgrund der Aussage von Andrea Nahles einige Aufregung über den damit zum Ausdruck gebrachten Politikstil. So lauteten einige symptomatische Kommentare:

Forum Spiegel Online: Tarantula

„Als ich gehört habe, was sie sagte, dachte ich: Ja genau, wie gut. Es wird auch langsam Zeit. Die SPD wird ihre Themen wieder besetzen können.“

Forum Spiegel Online: beobachter1000

„Es ist erschreckend, wie sich Amtsträger in der Öffentlichkeit äußern. Ebenso erschreckend ist aber, wie angeblich gebildete Leute dies noch entschuldigen wollen.“

Zeit Online: Zeitleserwissenmehr

„Aber ab morgen kriegen sie in die Fresse.“ „Sie“, das ist die neue Bundesregierung. Jagdfieber also auch in der SPD. Wie peinlich, wo man doch mitregieren möchte, dass Opposition offenbar zur Prollerei verkommen ist!“

St-Expeditus

„Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier – ‚Tabubrüche dürfen sich nicht auszahlen‘ – hat die Nahles offenbar überhört. Wie man sieht, versaut die AfD schon jetzt den Umgangston im Parlament!“

Anmerkungen:

¹ SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles nach ihrer Berufung zur Fraktionschefin ihrer Partei nach der verlorenen Bundestagswahl von 2017 und der damit verbundenen neuen Rolle; aus: Lisa Caspari und Ferdinand Otto: „Ab morgen kriegen sie in die Fresse“, zu finden unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/andrea-nahles-spd-opposition-bundesregierung> (16.02.2018).

Aufgaben

1. Stellen Sie in der Klasse ein Meinungsbild über die Aussage von Andrea Nahles her.
2. Diskutieren Sie nach Ihrer Abstimmung die Aussage erneut unter Einbeziehung der obigen Kommentare. Stellen Sie fest, welcher Position Sie grundsätzlich zustimmen würden und warum.
3. Überlegen und begründen Sie, was für eine Auffassung von Politik mit der Aussage von Frau Nahles verbunden sein bzw. welche Gefahr diese bergen könnte.

4. Finden Sie mindestens fünf Begriffe (Hauptwörter) als Antwort auf die Frage:

Was verbinde ich mit Politik? und schreiben Sie sie auf Moderationskarten.

5. Sammeln Sie Ihre Antworten beispielsweise an der Tafel und begründen Sie Ihre Antworten im Plenum.

M 7

Ein Streitgespräch führen

In einem Streitgespräch oder einer Pro- und Kontra-Debatte tauschen verschiedene Parteien in festgelegter Zeit unterschiedliche Meinungen zu einem umstrittenen Thema aus. Danach wird abgestimmt. Ein Streitgespräch verläuft nach bestimmten Regeln:

- 1. Vorläufiges Meinungsbild erstellen:** Stellen Sie ein Meinungsbild zur Ausgangsfrage her:

Müssen Jugendliche Interesse und Engagement für die Politik zeigen?

Halten Sie das Ergebnis der Abstimmung an der Tafel fest.

- 2. Gruppen bilden:** Bilden Sie nach dem Zufallsprinzip je eine Pro- bzw. Kontra-Gruppe.

- 3. Argumente finden / Strategien entwickeln:** Hier gilt es, für die jeweilige Position entsprechende Argumente zu finden und in ihrer Abfolge darüber abzustimmen. Wichtig kann auch sein, die Reihenfolge, in der die Argumente vorgetragen werden sollen, zuvor festzulegen.

- 4. Rollen besetzen:** In diesem Schritt geht es darum festzulegen, wer welches Argument vertritt bzw. wer dazu in welcher Rolle spricht. Die Rolle ist unabhängig von der eigenen Meinung und muss überzeugend vertreten werden. Ihr Erfolg zeigt sich daran, inwieweit es gelingt, andere unentschlossene Zuhörer durch eine überzeugende Argumentation auf die eigene Seite zu ziehen. Folgende Rollen werden besetzt:

L	Je eine Leiterin oder ein Leiter für die Pro- und Kontra-Gruppe; sie haben die Aufgabe, das Streitgespräch einzuleiten und abzuschließen, und verrichten ihr Amt unparteiisch und objektiv.
S	Pro Gruppe werden je drei Sprecherinnen und Sprecher festgelegt, die die Pro- bzw. Kontra-Argumente vortragen.
H	Je zwei Helferinnen oder Helfer pro Gruppe übernehmen die Aufgabe, die Sprecherinnen und Sprecher bei Bedarf während des Streitgesprächs mit zusätzlichen Argumenten zu versehen; zugleich fungieren sie als Beraterinnen oder Berater.
B	Die Schülerinnen und Schüler ohne Rolle nehmen einen Beobachterstatus ein, d. h., sie hören dem Austausch der Argumente zu und bewerten deren Qualität nach dem Ende der Debatte.

M 8

John Locke – Two Treatises of Government

Der englische Staatsmann und Philosoph John Locke (1632–1704) formulierte bereits im 17. Jahrhundert die Grundsätze der Herrschaft des Volkes (Volkssouveränität), des Repräsentativsystems und des Widerstandes gegen ungerechte Herrschaft. Er befürwortete die Herstellung einer liberalen, an eine Verfassung gebundenen Monarchie.

Um politische Gewalt richtig zu verstehen und sie von ihrem Ursprung abzuleiten, müssen wir betrachten, in welchem Zustand sich die Menschen von Natur befinden. Dies ist ein Zustand völliger Freiheit, innerhalb der Grenzen des Naturrechtes ihre Handlungen zu regeln und über ihren Besitz und ihre Person zu verfügen, wie sie es für am besten halten, ohne die Erlaubnis eines anderen zu fordern oder von seinem Willen abzuhängen. Ebenso ein Zustand der Gleichheit, worin alle Gewalt und Jurisdiktion gegenseitig ist und einer nicht mehr hat als der andere; die natürliche Freiheit des Menschen besteht darin, frei zu sein von jeder höheren Gewalt auf Erden; nicht unter dem Willen oder der gesetzgebenden Autorität von Menschen zu stehen, sondern einzig und allein das Naturrecht als Vorschrift zu haben [...].

15 Wenn der Mensch im Naturzustand so frei ist, [...] wenn er absoluter Herr seiner eigenen Person und Besitzer ist, dem Größten gleich und niemand untertan – weshalb soll er seine Freiheit fahren lassen? Weshalb soll er seine Selbständigkeit aufgeben und sich dem Dominium und dem Zwang einer anderen Gewalt unterwerfen?

Die Antwort liegt auf der Hand, nämlich, obwohl er im Naturzustand ein solches Recht hat, so ist doch der Genuss dieses Rechtes sehr unsicher und beständig den Eingriffen anderer ausgesetzt. Dies macht ihn geneigt, sich aus seiner Lage zu befreien, die bei aller Freiheit voll ist von Furcht und beständiger Gefahr; und es ist nicht ohne Grund, dass er sucht und bereit ist, sich mit anderen zu einer Gesellschaft zu verbinden, die bereits vereinigt sind oder die Absicht haben, sich zu vereinigen, zum gegenseitigen Schutz ihres Lebens, ihrer Freiheiten und ihres Vermögens, was ich mit dem allgemeinen Namen Eigentum bezeichne. Der große und wichtigste Zweck, dass Menschen sich zu einem Staatswesen vereinigen und sich unter eine Regierung stellen, ist deshalb die Erhaltung ihres Eigentums. Dazu fehlt im Naturzustand vielerlei. Erstens fehlt es an einem festen, geordneten, bekannten

25
30 Recht, das durch allgemeine Zustimmung angenommen und anerkannt ist [...].

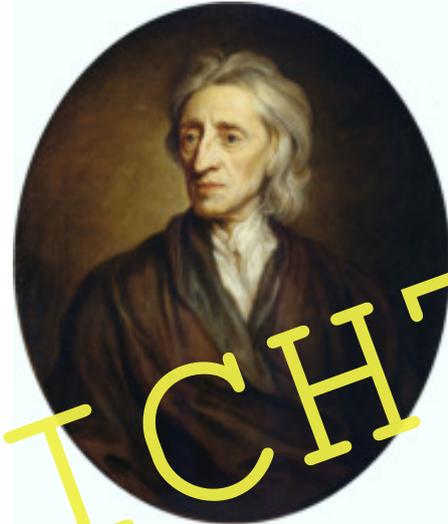
Zweitens fehlt es [...] an einem anerkannten und unparteiischen Richter, mit Macht alle Zwistigkeiten nach dem eingesetzten Recht zu entscheiden [...].

Drittens mangelt es im Naturzustand oft an der Macht, dem Urteil [...] einen Rückhalt zu geben [...] und ihm die gehörige Vollstreckung zu sichern [...].

35 Das ist es, was alle und jeden Einzelnen so bereitwillig macht, auf die Einzelgewalt zu strafen zu verzichten, damit sie allein durch diejenigen ausgeübt werde, die unter ihnen dazu bestimmt werden, und zwar nach solchen Regeln, wie die Gemeinschaft oder die, die zu diesem Zweck von ihr ermächtigt werden, vereinbaren. [...] Mit ihrem Eintritt in die Gesellschaft verzichten nun zwar die Menschen auf die Gleichheit, Freiheit und exekutive Gewalt, die sie im Naturzustand hatten, zugunsten der Gesellschaft, die durch die Legislative so weit darüber zu verfügen hat, als das Wohl der Gesellschaft es erfordert [...].

40

Wer also die Legislative oder höchste Gewalt eines Staatswesens besitzt, ist verpflichtet, nach feststehenden, gehörig bekannt gemachten und vom Volk anerkannten Gesetzen zu regieren und nicht auf Entschlüsse des Augenblicks [...].



John Locke. Porträt von Godfrey Kneller, 1697

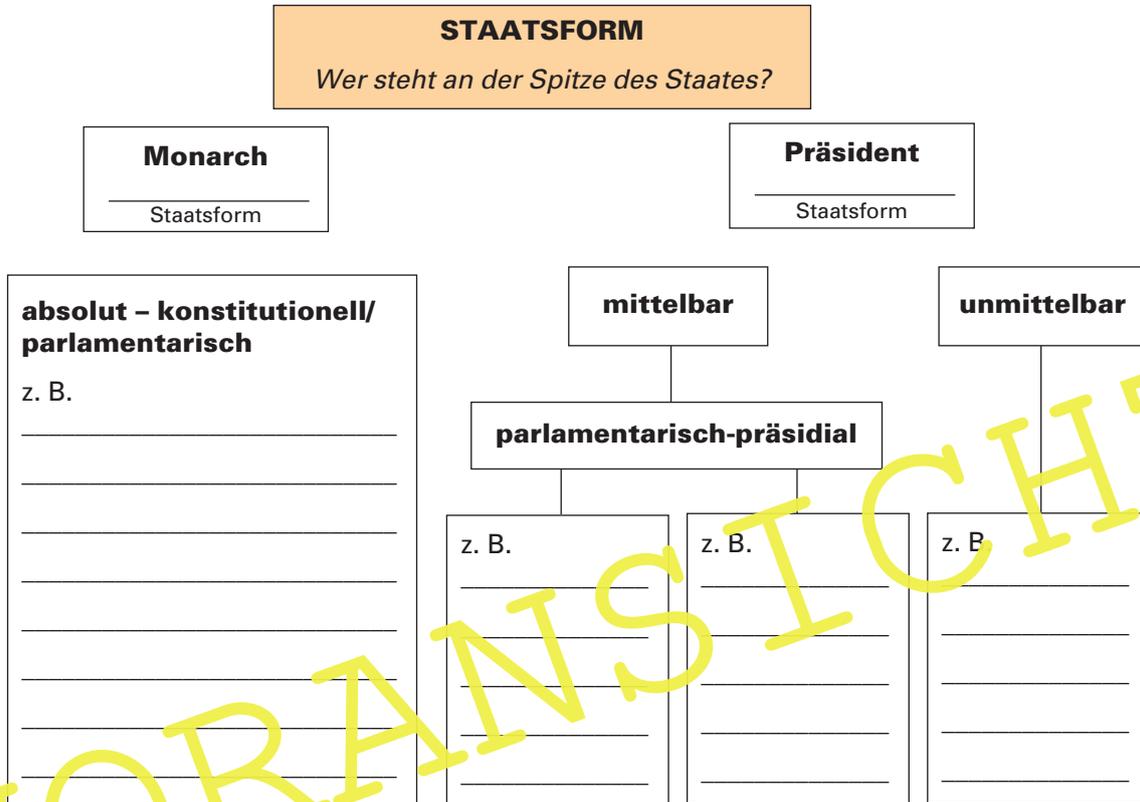
II/C2

Wikipedia Commons: Gemeinfrei

M 12

Staats- und Regierungsformen im Vergleich

Recherchieren Sie im Internet und ergänzen Sie im Unterrichtsgespräch das Tafelbild.



II/C2

VORANSICHT

REGIERUNGSFORM <i>Wie wird Macht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ausgeübt?</i>		
Diktatorisch Diktatur	Autoritär Autoritäres System	Demokratisch Demokratie
<u>Merkmale:</u> <ul style="list-style-type: none"> • _____ • _____ • _____ • _____ • _____ 	<u>Merkmale:</u> <ul style="list-style-type: none"> • _____ • _____ • _____ • _____ • _____ 	<u>Merkmale:</u> <ul style="list-style-type: none"> • _____ • _____ • _____ • _____ • _____
z. B.: <ul style="list-style-type: none"> • _____ • _____ • _____ 	z. B.: <ul style="list-style-type: none"> • _____ • _____ • _____ 	z. B.: <ul style="list-style-type: none"> • _____ • _____ • _____

M 13**Demokratie – zum Wandel eines Begriffs**

Was genau mit dem Begriff der Demokratie ausgedrückt werden soll, ist gar nicht so eindeutig, wie es scheint. Inhaltlich hat der demokratische Begriff sich immer wieder gewandelt und auch heute ist man von einem allgemeingültigen Verständnis weit entfernt. Ob überhaupt eine allgemeingültige Definition gefunden werden kann, ist fraglich.

Dass Demokratie „Volksherrschaft“ heißt, sagt zunächst nichts aus. Denn die Frage ist offen, wer das „Volk“ ist und über wen oder was es „herrschen“ soll.

Im Laufe der Geschichte wandelte sich der Begriff – sowohl von Volk als auch von Herrschaft; und mit diesem Begriffswandel, bzw. hinter ihm, wandelte sich der Inhalt.

- 5 Zur Zeit der Prägung des Begriffes, in der attischen Polis, gehörte zum Volk nur eine relativ kleine Minderheit der Menschen, die in der Polis lebten. Frauen waren von vornherein ausgeschlossen, ebenso alle Sklaven und auch Heloten. Eine Minderheit der Männer galt als frei – und damit als politisch berechtigt.

Von dieser extremen Ausgangslage hat sich der Begriff von Demokratie weiterentwickelt. Heute ist es selbstverständlich, dass weder das Geschlecht noch eine bestimmte soziale Rollenzuschreibung der Grund für den Ausschluss von politischen Rechten sein dürfen. [...]

Weniger eindeutig ist die durch die Jahrhunderte gehende Entwicklung mit Bezug auf den Begriff von Herrschaft. In der Neuzeit erweiterte sich jedoch, zumindest der Tendenz nach, das Anwendungsgebiet der politisch vermittelten Herrschaft. Andere, nicht im engeren Sinn politische Formen von Herrschaft – wie etwa die des „pater familias“ – wurden allmählich eingeschränkt. Und der moderne Sozialstaat brachte auch Beschränkungen für die Herrschaft des Eigentümers.

Die Herrschaft des Volkes konnte und kann freilich niemals nur direkt erfolgen. Immer brauchen die politisch Berechtigten eine Vertretung – sie brauchen Strukturen, die sich in modernen politischen Systemen im Parlamentarismus manifestieren.

20 Jede aktuelle Form von Demokratie ist durch das Nebeneinander von direktdemokratischen, also plebiszitären, und indirekt demokratischen, also repräsentativen Komponenten gekennzeichnet. Die Mischform dieser Elemente kann variieren – immer handelt es sich jedoch um die Verzahnung direkter und indirekter Demokratie.

Direkte und indirekte Demokratie sind daher nicht Gegensätze, sondern einander ergänzende Elemente. [...]

Die gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen können neue Formen direkter Demokratie bringen. Dadurch mag es möglich und auch sinnvoll erscheinen, mehr und auch neue Elemente der direkten Demokratie zu entwickeln. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung wird aber immer verhindern, dass sich alle Menschen im gleichen Umfang ständig um Politik kümmern. Der mögliche, vielleicht auch wünschenswerte Trend in Richtung auf mehr direkte Demokratie wird nichts daran ändern können, dass für die konkrete Politikgestaltung gesellschaftlich freigestellte Spezialisten zuständig sein werden.

Die wahrscheinlich drängendste aktuelle Herausforderung an die Demokratie ist das zunehmende Auseinanderfallen von politischer Berechtigung und politischer Betroffenheit. Mit dem Siegeszug des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes schien ein logischer Endpunkt einer langen Entwicklung abgeschlossen. Mit Ausnahme von Menschen unterhalb einer bestimmten Altersgrenze und mit Ausnahme bestimmter Grenzfälle (z. B. geistige Behinderung) schien klar zu sein, was unter „Volk“ zu verstehen ist.

Die neue gesellschaftliche Mobilität, die die Migration von Massen mit sich bringt, hat diesen Prozess in sein Gegenteil verkehrt. In den wohlhabenden Demokratien Europas beispielsweise leben – absolut und relativ – heute mehr Menschen, die zwar von Politik betroffen sind, sich an ihr jedoch nicht beteiligen können [...].